

Stand: 28.01.2026 18:12:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6697

"EU-CO2-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6697 vom 14.05.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7263 des WI vom 22.05.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 10.07.2025
4. Beschluss des Plenums 19/8556 vom 21.10.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 61 vom 21.10.2025



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier und Fraktion (AfD)**

EU-CO₂-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat, gegenüber der Bundesregierung sowie auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass sämtliche CO₂-Flottenziele ersatzlos gestrichen werden und die Gefahr milliardenhoher Strafzahlungen für bayerische und deutsche Automobilkonzerne damit abgewendet wird.

Begründung:

Die von der EU für 2025 vorgegebenen CO₂-Flottengrenzwerte bedrohten einige europäische Autohersteller mit Strafzahlungen in Milliardenhöhe. In Summe war bisher von möglichen „Klimastrafen“ in Höhe von bis zu 16 Mrd. Euro die Rede. Nach der für das laufende Jahr bisher gültigen Regelung dürfen die durchschnittlichen Emissionen der verkauften Pkw je Hersteller nur noch 93,6 g/km betragen, zuvor lag der Wert noch bei 116 g/km (minus 19 Prozent). Der CO₂-Ausstoß bei leichten Nutzfahrzeugen (bis 3,5 t) soll von 185 g/km auf 154 g/km sinken (minus 17 Prozent).

Der massive Einbruch beim Absatz von E-Autos macht es für die Hersteller schwieriger, die verschärften Grenzwerte einzuhalten und Strafzahlungen zu verhindern. Deshalb hat die Branche die Europäische Kommission um Erleichterung gebeten, was einen Kompromiss zum Ergebnis hatte. Die verschärften Werte an sich bleiben bestehen, doch Hersteller können nun ihre Emissionswerte für 2025 bis 2027 über den gesamten Zeitraum mitteln, statt sie jährlich erfüllen zu müssen. Das schafft der Branche etwas mehr Spielraum, zumal sich die Marktlage durch die aktuelle US-Zollpolitik tendenziell nochmals verschlechtert hat.

Zwar ist diese Maßnahme zu begrüßen, sie ändert jedoch an der prinzipiellen Fehlkonstruktion nichts. Aus einer klimaideologischen Motivation nimmt die EU-Kommission massive planwirtschaftliche Eingriffe in das Marktgeschehen vor, zwingt Unternehmen zu technologischen Präferenzen in ihrer Produktpalette, verteuert die Produktion und gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand in hohem Maße. Diesem brachialen ökosozialistischen Angriff wird eine der letzten verbliebenen Schlüsselindustrien in Deutschland und Bayern womöglich nicht lange standhalten können, zumal die Automobilhersteller aufgrund immer schlechterer Standortbedingungen wie stark gestiegenen Energiekosten, extremer Überregulierung und hohen Lohnnebenkosten ohnehin unter Druck stehen. Schon jetzt ist die Tendenz der Branche inklusive Kfz-Zulieferern zu Werksschließungen, Stellenabbau und Produktionsverlagerung ins Ausland unübersehbar.

Es hilft daher nicht, einen zutiefst negativen Prozess nur zu verlangsamen – er muss gestoppt werden, je früher, desto besser. Im Sinne einer Wiedergesundung der heimischen Wirtschaft, des Schutzes der wirtschaftlichen Freiheit, unserer marktwirtschaftlichen Ordnung und Zehntausender Arbeitsplätze muss es die Staatsregierung als Pflicht

begreifen, sich mit allem Nachdruck gegen die sozialistisch-planwirtschaftlichen Vorgaben der EU zu wenden und auf die vollständige Abschaffung der Regelung zu den CO₂-Flottengrenzwerten hinzuwirken.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/6697

EU-CO2-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Oskar Lipp**
Mitberichterstatter: **Dr. Stefan Ebner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 22. Mai 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern - UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen" auf Drucksache 19/5983 gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die endgültige Abstimmungsliste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/45/EU über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern und der Richtlinie 2014/47/EU über die technische Unterwegskontrolle der Verkehrs- und Betriebssicherheit von Nutzfahrzeugen, die in der Union am Straßenverkehr teilnehmen
COM(2025) 180 final
BR-Drs. 217/25
Drs. 19/7283, 19/7430

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäischer Aktionsplan für die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern
COM(2025) 10 final
BR-Drs. 77/25
Drs. 19/5947, 19/7425

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dem Vorhaben wird zugestimmt.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur politischen Agenda für den Europäischen Forschungsraum 2025-2027
COM(2025) 62 final
BR-Drs. 132/25
Drs. 19/6844, 19/7427

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte

Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen nach 2025

01.04.2025 - 24.06.2025

Drs. 19/6343, 19/7434

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7434 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz

Öffentliche Konsultation zur Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems 1 (EHS1)

15.04.2025 - 08.07.2025

Drs. 19/6748, 19/7431

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7431 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

 ENTH

Anträge

6. Antrag des Abgeordneten Jörg Baumann AfD
Abbau von Mehrarbeitsstunden bei der Bayerischen Polizei
Drs. 19/5677, 19/7264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern –
UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen
Drs. 19/5983, 19/7265 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

8. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer,
Anna Rasehorn u.a. SPD
Hilfe für Menschen in seelischer Not:
Sozialpsychiatrische Dienste in Unterfranken sichern!
Drs. 19/6005, 19/7266 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern I:
Pflegeausbildung auch in Reha-Kliniken und weiteren Einrichtungen
Drs. 19/6144, 19/7267 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern II:
Reha-Kliniken in Krankenhausreform mitdenken
Drs. 19/6145, 19/7268 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern III:
Wirtschaftliche Situation der Reha-Kliniken verbessern,
Bürokratie abbauen
Drs. 19/6146, 19/7279 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern IV:
Digitale Transformation in den Reha-Einrichtungen unterstützen
Drs. 19/6147, 19/7269 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sanierungsbedarf erheben – öffentliche Schwimmbäder erhalten
Drs. 19/6169, 19/7256 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer u.a. CSU
Digitale Speicherung von Leistungsnachweisen
Drs. 19/6509, 19/7253 (E)
Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier,
Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Umweltschäden verhindern:
Aktives Gänsemanagement weiterentwickeln
Drs. 19/6516, 19/7259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp,
Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Erkundung und Bewertung von
natürlichen Wasserstoffvorkommen in Nordbayern
Drs. 19/6542, 19/7260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 19/6563, 19/7231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für die Zukunft des Naturschutzes:
Kenntnis der Artenvielfalt sichern – Nachwuchs fördern
Drs. 19/6576, 19/7244 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Windkraftausbau und Naturschutz gemeinsam anpacken II:
Anerkennung von Anti-Kollisionssystemen für Windenergieanlagen
Drs. 19/6577, 19/7245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einsatz für Mengenschwelle für Biogas in der
Störfall-Verordnung auf 25.000 kg anheben
Drs. 19/6578, 19/7246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung
bei der Finanzierung privater Förderschulen
Drs. 19/6583, 19/7254 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Echter Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen: Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Bayerischen Normenkontrollrat abschaffen!
Drs. 19/6592, 19/7232 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Förderung von Tempo 50
Drs. 19/6602, 19/7257 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Erwerb von ICE 3 Zügen prüfen
Drs. 19/6603, 19/7255 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Gebrauchte Züge beim Vergabeverfahren der BEG berücksichtigen
Drs. 19/6604, 19/7258 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
Missbräuchliche Umgehung von Sprachtests
im Einbürgerungsverfahren wirksam unterbinden!
Drs. 19/6617, 19/7233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Förderung von Hochwasserschutzmaßnahmen auch in bebauten Randgebieten: Rechtsklarheit und finanzielle Unterstützung für Kommunen schaffen
Drs. 19/6671, 19/7249 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur aktuellen Lage des bayerischen Einzelhandels (insbesondere in strukturschwachen Regionen)
Drs. 19/6684, 19/7261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung der Forderungen aus Bayern-Ei-Untersuchungsausschuss, ORH-Bericht und Coramentum-Gutachten
Drs. 19/6688, 19/7250 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Psychosoziale Hilfen auf eine sichere und nachhaltige finanzielle Basis stellen!
Drs. 19/6690, 19/7270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------

31. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel,
Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU
Bericht zu den Ergebnissen der 16. UN-Weltnaturkonferenz in Rom
Drs. 19/6694, 19/7251 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Wirtschaftsentlastungen: Bürokratieabbau bei Melde- und
Dokumentationspflichten nach der DSGVO auf EU-Ebene
Drs. 19/6696, 19/7262 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm,
Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
EU-CO₂-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen
Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa
Drs. 19/6697, 19/7263 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl,
Thomas Holz u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie
Drs. 19/6698, 19/7252 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/6697, 19/7263

EU-CO₂-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Oskar Lipp

Abg. Steffen Vogel

Abg. Gerd Mannes

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Markus Saller

Abg. Florian von Brunn

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)

EU-CO2-Flottengrenzwerte abschaffen - Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa (Drs. 19/6697)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich noch einmal darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Oskar Lipp für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die CO₂-Flottengrenzwerte sind, wie wir in unserem Antrag darlegen, ein Angriff auf unsere Automobilindustrie. Im Automobilcluster in Bayern bestehen 350.000 Arbeitsplätze, davon circa die Hälfte im Bereich des Verbrennungsmotors. Was wir mit unserem heutigen Antrag fordern, ist die Abschaffung dieser planwirtschaftlichen Vorgaben.

So sieht die EU-Verordnung 2023/851 vor, dass ein Verbrennerverbot mit verschärften CO₂-Grenzwerten von circa 94 Gramm CO₂ pro Kilometer bis zum Jahr 2035 in Kraft treten soll. Selbst die Verwendung des Durchschnittswerts der Grenzwerte für die Jahre 2025, 2026 und 2027, die die Union oft als Lösung darlegt, ist ein fauler Kompromiss. Autobauern wie BMW und Audi, die leider über diesen Werten liegen, drohen weiterhin die enormen Strafzahlungen von bis zu 16 Milliarden Euro. Dieses Geld fehlt dann folglich massiv in den Kassen für dringend notwendige Investitionen in Innovation, in Digitalisierung und in neue Technologien. Statt die Wettbewerbsfähigkeit hier zu fördern, stranguliert die EU unsere Industrie mit Vorgaben.

Doch wer hat die Krise der Industrie verursacht, meine Damen und Herren? – So ehrlich muss man auch sein: Das war maßgeblich die Union, nämlich CSU und CDU mit Markus Söder und Ursula von der Leyen an vorderster Front. Sie haben das Verbrennerverbot und den Greendeal der EU vorangetrieben. Jetzt schieben sie ihre Verantwortung ab und reden auch sehr gerne von Automobilkongressen. Doch diese Veranstaltungen bringen keine schnellen Entlastungen für unsere Unternehmen, die sie endlich benötigen, sondern sind mehr oder weniger bloße Zeitverschwendungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, während nach wie vor Arbeitsplätze zu Tausenden verloren gehen. So sind seit dem Jahr 2022 in Bayern 16.000 Jobs in der Automobilbranche einfach weggefallen.

Zum Thema E-Auto, das hier auch gerne als Lösung präsentiert wird: Der E-Autemarkt bricht ein, meine Damen und Herren. Hier haben wir ein Minus von 27 % bei den Zulassungen im Jahr 2024 gegenüber dem Jahr 2023. Nach wie vor sind 87 % der Neuwagen, die zugelassen werden, Verbrenner, weil sie unsere Bürger kaufen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Biokraftstoffe wie HVO100 könnten den CO₂-Ausstoß senken und mit Steuervergünstigungen günstiger als Diesel sein. Doch auch hier blockiert die EU Ausnahmen. Was wir endlich brauchen, ist echte Technologiefreiheit, die auch den Verbrenner einschließt. Das heißt, Verbrenner, hybride Biokraftstoffe, alles muss möglich sein. Hier darf es keine Denkverbote geben. Das heißt aber auch: Keine politischen Vorgaben aus Brüssel, Berlin oder von sonst wo, was die Konzerne zu produzieren haben. Der Bürger muss nach wie vor frei sein in seiner Entscheidung, was er kaufen möchte.

Deshalb fordern wir heute hier die Staatsregierung mit unserem Antrag auf, sich auf allen Ebenen, in denen Ihre Parteikollegen Verantwortung tragen – das ist in Brüssel, das ist in Berlin, das ist auch hier in Bayern –, für die Streichung der CO₂-Flottengrenzwerte ohne Kompromiss einzusetzen und sich nicht mit faulen Kompromissen wie

diesem Durchschnittswert in den Jahren 2025 bis 2027 herauszureden. Schützen wir endlich unsere Industrie, bevor es zu spät ist.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner für die CSU-Fraktion ist Herr Kollege Steffen Vogel. Bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bayern war, Bayern ist und Bayern wird Automobilland Nummer eins in Deutschland und Europa bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dafür werden die Staatsregierung und die sie tragenden Landtagsfraktionen, auch mit der Unterstützung aus Berlin und Brüssel, sorgen. Das haben wir bisher getan, und das werden wir auch in Zukunft so tun. Dafür brauchen wir keine Anträge der AfD, die vollkommen realitätsfern sind. Würden wir als Bayerischer Landtag die Staatsregierung jetzt auffordern, nach Brüssel oder nach Straßburg zu fahren und zu sagen, lässt uns alles vergessen, was damals in Brüssel und Straßburg beschlossen wurde, würde man die Flottengrenzwerte dann vollständig abschaffen? – Nein, das ist illusorisch.

Im Kern ist es aber vollkommen richtig. Es ist völlig klar, dass wir eine Veränderung dieser Flottengrenzwerte brauchen. Warum? – Weil die deutsche und insbesondere die bayerische Automobilindustrie unter diesen Vorgaben leidet – das ist doch vollkommen klar –, weil man die Dynamik des Marktes und die Nachfrage nach Elektromobilität nicht richtig eingeschätzt hat und weil wir jetzt sehen, dass nach wie vor auf der ganzen Welt Verbrennerautos nachgefragt werden. Selbst im viel gelobten China gibt es 28 % Anmeldungen reiner E-Autos und einen Hybridfahrzeuganteil von 45 %. Übrigens haben Hybridfahrzeuge auch einen Verbrenner. In China denkt man nicht über ein Verbrennerverbot nach. Warum? – Weil den Chinesen bekannt und

bewusst ist, dass es auch im Jahr 2035 und im Jahr 2040 noch einen großen Markt für Verbrennerautos geben wird.

Deshalb ist es falsch, dass die Europäische Union die Technologieoffenheit ad acta legt und sagt, ab 2035 dürfen keine Verbrennerautos mehr fahren. Das ist falsch; denn die Chinesen und andere Hersteller springen genau in diese Lücke hinein, mit Horse Powertrain, einer Allianz zwischen Geely, Stellantis-Konzern und Volvo. Was bauen sie? – Sie sagen: Wir bauen die Verbrenner der Zukunft, weil wir wissen, dass, wenn die deutsche Automobilindustrie aus der Verbrennertechnologie aussteigt und der BMW-Vorstand Zipse sagt, dass die Entwicklung neuer Verbrennermotoren eine Milliarde Euro kostet, – – Die Frage lautet ja immer, rechnet sich das oder nicht? Wenn unsere europäischen Automobilhersteller alle aus der Technologie aussteigen und nicht mehr in die Technologie investieren, dann springen andere in die Lücke hinein. Das ist derzeit wie gesagt selbst der Chinese in Verbindung mit dem französischen Konzern Dacia. Man plant 5 Millionen Verbrennermotoren bei 15 Milliarden Euro Umsatz. Das heißt, der Verbrenner wird auch im Jahr 2035 und im Jahr 2040 noch eine hohe Nachfrage auf der Welt haben.

Deshalb stellt sich die Frage, ob es klug ist, dass wir als Europäer und Deutsche aus dieser Technologie aussteigen. Daher brauchen wir nicht die komplette Abschaffung, weil wir zwar den Klimawandel sehen und erkennen, dass wir hier als Europäer vorausmarschieren und einen Beitrag leisten müssen, damit unsere Kinder und Enkelkinder später noch einen Planeten haben, auf dem man leben kann, aber auch sehen, dass wir eine Anpassung, eine Reform der Vorgaben der Europäischen Union brauchen. Wir brauchen eine stärkere zeitliche Komponente, um dem Markt, den Bürgerinnen und Bürgern, dem Nachfrager mehr Zeit zu geben, aber auch, um der Industrie mehr Zeit zu geben, um die Elektromobilität technisch so voranzutreiben, dass sie auch preislich mit der Verbrennertechnologie konkurrenzfähig ist.

Auch ist die Frage zu klären, wie wir mit synthetischen Kraftstoffen umgehen. Derzeit ist der Verbrenner verboten. Wie gehen wir aber damit um, dass der Verbrenner

ausschließlich mit synthetischen Kraftstoffen fährt? Faktisch gibt es ein Verbrennerverbot. Das Auto darf nicht fahren, obwohl es praktisch null klimaschädliche Emissionen ausstößt. Deshalb muss auch dieses Thema angepackt werden.

Daher treten wir nicht für eine komplette Abschaffung ein, weil das vollkommen lebensfremd und reiner Populismus ist, sondern reden von einer Reform und Anpassung an die tatsächlichen Gegebenheiten, wie es die europäische Automobilindustrie braucht. Warum? – Weil wir auch in Zukunft wollen, dass Deutschland und insbesondere Bayern Kernland für die Produktion von Automobilen ist, mit BMW, Audi, den Zulieferern – ich komme aus der Region Schweinfurt – ZF Sachs, Bosch, SKF und all den großen Industriebetrieben. Bayern lebt zum Großteil von einem starken Automobilsektor. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Deshalb treten wir für eine Reform der Flottengrenzwerte ein, aber nicht für eine komplette Abschaffung,

(Zuruf von den GRÜNEN)

weil das auf europäischer Ebene nicht zu handhaben ist.

Den Antrag der AfD-Fraktion lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Gerd Mannes, AfD-Fraktion, vor.

Gerd Mannes (AfD): Herr Vogel, Ihr Vortrag passt nicht zu Ihrem politischen Handeln. Herr Söder hat jahrelang einen Krieg gegen die Automobilindustrie geführt – das ist die Wahrheit – und ständig ein Verbrennerverbot gefordert. Sollte er jetzt klüger geworden sein, spricht das für ihn. Sie haben gerade sinngemäß gesagt, die EU-Kommission muss gestoppt werden. Dann tun Sie es doch! Frau von der Leyen ist Ihre Kommissionspräsidentin. Dann reden Sie doch mit ihr und nicht so schlau hier im Parlament. Sie haben doch alle Möglichkeiten, um hier endlich Einfluss zu nehmen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): Erstens hat die AfD noch niemals irgendwo politische Verantwortung getragen. Es ist immer leicht, gegen alles zu schimpfen.

(Gerd Mannes (AfD): Das kommt in Kürze!)

Ja, das kann sein. Aber Fakt ist, Politik und Verantwortung laufen anders. Das ist nicht so, als --

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Das Wort hat der Kollege am Rednerpult.

Steffen Vogel (CSU): Erst hören, dann stören.

(Beifall bei der CSU)

Sie stellen mir eine Frage, aber wollen die Antwort nicht hören. Noch einmal: --

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Jetzt schreit er wieder dazwischen. – Okay, meine Zeit ist gleich vorbei. Fakt ist, selbst Zulieferer wie ZF Sachs haben voll auf den Trend der Elektromobilität gesetzt und im Bereich Schweinfurt hohe Investitionen getätigt. Das heißt, man ging wirklich davon aus, dass die Nachfrage höher wird. Jetzt stellt sich aber heraus, dass die Nachfrage nicht so ist, wie man gedacht hat. Das heißt, man muss doch dann als Politik auch darauf reagieren, dass Marktsituationen sich verändern. Ich kann doch nicht sagen, im Jahr 2018 habe ich eine Überzeugung und im Jahr 2025 --

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit!

Steffen Vogel (CSU): Der hat mir doch die Redezeit geklaut. Geklaut hat er sie mir.

(Heiterkeit bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit ist um.

Steffen Vogel (CSU): So, es gibt keine Zwischenbemerkung mehr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Markus Büchler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Automobilindustrie ist sehr wichtig für Deutschland und für Bayern, auch die Zulieferindustrie. Deswegen wollen wir die Arbeitsplätze erhalten. Wir wollen sie sichern, wir wollen sie ausbauen. Wir wollen, dass auch in fünf Jahren, in zehn Jahren, in zwanzig Jahren noch exportfähige, zukunftsfähige Produkte in Bayern und in Deutschland hergestellt werden können. Dafür braucht die Industrie klare politische Rahmenbedingungen.

Was die Arbeitsplätze gefährdet, sind nicht Flottengrenzwerte, sondern was die Arbeitsplätze gefährdet, ist das ewige Hin und Her und Hü und Hott beim Thema Verbrenneraus. Ja oder nein, Flottengrenzwerte rauf oder runter? – Wenn man mit den Vertretern der Autoindustrie oder der Zulieferindustrie spricht, sagen die: Gebt uns klare Rahmenbedingungen, wohin die Reise geht. Dann werden wir weltmarktfähige, gute Produkte herstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was der Weltmarkt braucht, erfährt man, wenn man ins Ausland schaut. Dort sind die Weichen für Elektromobilität klar gestellt, allen voran in China und in den USA, ob Ihnen das passt oder nicht.

(Widerspruch bei der AfD)

Wenn wir da künftig mitspielen wollen, ist es klug, dass wir uns darauf einstellen und daran ausrichten. Andernfalls sind mit Ihnen die Arbeitsplätze weg. Sie sind der Totengräber der deutschen Automobilindustrie.

(Lachen und Widerspruch bei der AfD)

Wir wollen die Arbeitsplätze retten und zukunftsfähige Produkte herstellen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte kurz am Rednerpult bleiben! – Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Steffen Vogel von der CSU vor. Bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): Herr Kollege Büchler, Sie sprechen davon, dass China Vorreiter ist und alles so super ist. Ist Ihnen bekannt, dass China nicht das Verbrenneraus favorisiert, sondern nach wie vor auf die Verbrennertechnologie setzt? Ist Ihnen auch bekannt, dass Geely zusammen mit Stellantis und Volvo einen neuen großen Player geschaffen hat, um bewusst die Verbrennermotoren der Zukunft zu bauen? Ist Ihnen bekannt, dass Hybridautos auch einen Verbrennermotor haben? Ist Ihnen das bekannt?

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Ja, das ist mir sehr wohl bekannt. Offensichtlich ist Ihnen aber nicht bekannt, was sich heuer auf der IAA abgespielt hat. Man hat gesehen, welche Produkte aus dem Ausland hier vorgestellt worden sind und was von den vornehmlich chinesischen Unternehmen hier vorgestellt worden ist. Das war überwiegend Elektro. Vielleicht waren Sie dort und haben es gesehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich weitgehend dem anschließen, was der Kollege Vogel

schon gesagt hat. Sie hauen gerade mit dem Antrag wie mit dem Vorschlaghammer auf die EU ein. Jetzt wissen wir natürlich, dass Sie der EU sowieso nichts abgewinnen können und sie am liebsten verlassen würden. Wir sehen uns aber als Europäer und als Teil der Europäischen Union.

Sie merken doch, dass diese Dinge gerade in der Diskussion sind. Bei der Vermeidung der Strafzahlungen sind wir schon einen gewaltigen Schritt weitergekommen. Am 10. Oktober 2025 hat eine Anhörung der EU-Kommission stattgefunden, weil man eingesehen hat, dass es hier einer Revision der CO₂-Emissionsnormen bedarf. Das heißt also, die Dinge stehen wieder auf dem Prüfstand.

So, wie man das einmal geplant hat, ist es aus meiner Sicht auch nicht mehr planbar. Die Welt hat sich verändert. Wir sind nicht mehr in einer Welt wie zu dem Zeitpunkt, als man diese Beschlüsse gefasst hat. Wenn wir aus der ganzen Sache etwas lernen können, ist es vielleicht das, dass es politisch nicht klug ist, dirigistisch irgendwelche Zeitrahmen festzulegen, bis wann Märkte zu reagieren haben. Märkte reagieren dann, wenn Angebot und Nachfrage zueinanderkommen. Niemand konnte damals planen, dass unsere ganze Energiewende auf der Kippe steht; denn nach dem Angriff der Russen auf die Ukraine stehen wir vor völlig anderen Tatsachen.

Ich würde das optimistischer sehen. Ich glaube nicht, dass wir ein Aus des Verbrennners haben werden. Ich glaube, dass wir in Bayern nach wie vor technologieoffene Politik betreiben. Der Wirtschaftsminister sagt es bei jeder Gelegenheit. Die Staatsregierung setzt sich dafür ein. Wie gesagt, gab es auch eine Stellungnahme der Staatsregierung für die Konsultation am 10. Oktober 2025. Meines Erachtens ist hier ein Prozess angestoßen und am Laufen, und der Antrag ist deswegen eigentlich im Wesentlichen überholt. Daher können wir ihm nicht zustimmen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Wir werden den Antrag der AfD natürlich ablehnen; denn der AfD geht es nicht darum, sich irgendwie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Automobilindustrie einzusetzen. Die AfD vertritt die Meinung, dass es keine Klimaerhitzung gibt, und sie ist europafeindlich. Aus diesen ideologischen und schädlichen Gründen kommt heute unter anderem dieser Antrag.

Was mich aber schon ein bisschen wundert, ist das Niveau der Debatte heute, Herr Vogel. Es gibt kein Verbrennerverbot in der EU, auch nicht ab 2035. Die EU hat nur reguliert, dass ab 2035 alle Antriebe für Fahrzeuge CO₂-neutral sein müssen. Das ist ein kleiner Unterschied zu dem von Ihnen vielfach beschworenen Verbrennerverbot, das übrigens Markus Söder selbst 2020 noch für sehr sinnvoll und notwendig erachtet hat.

Ich glaube, es ist vernünftig, darauf zu setzen, dass man die Automobilindustrie im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützt, den Prozess hin zur Klimaneutralität gut hinzukriegen und die Arbeitsplätze zu retten. Darüber lässt sich diskutieren. Aber eine Politik zu machen, wie die AfD sie hier fordert, die die Zukunft unserer Kinder kostet, weil man gegen Klimaschutz Stimmung macht, lehnen wir ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Herr von Brunn, ich hätte jetzt noch eine Frage. Warum führt eigentlich die SPD mit ihrem Klima-Hokusokus einen regelrechten Krieg gegen die Automobilindustrie? Ihnen muss doch klar sein, dass Sie die damit zerstören und auch viele Menschen in die Arbeitslosigkeit bringen. Ihnen muss doch klar sein, dass das nicht sozial, sondern absolut unsozial ist.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Florian von Brunn (SPD): Die einzige Fraktion, die Hokuspokus aufführt, ist meiner Ansicht nach die AfD hier.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD)

Sie haben sich auch in der letzten Plenardebatte letzte Woche schon durch Ihre absolute Ahnungslosigkeit disqualifiziert, Herr Mannes. Wir setzen uns für die Arbeitsplätze ein. Ihre Wirtschaftspolitik ist so etwas von arbeitnehmerfeindlich. Deswegen würde ich mich an der Stelle einfach mal zurückhalten. Vielleicht lesen und informieren Sie sich noch einmal, bevor Sie weiter so unqualifizierte Äußerungen hier abgeben.

Ich sage es Ihnen gerne auch noch einmal inhaltlich: Wenn wir nicht mithalten mit der Elektromobilität und mit dem, was China macht, hat unsere Automobilindustrie keine Zukunft. Sie wollen anscheinend genau das: dass wir keine Zukunft für Industriearbeitsplätze haben. Sie argumentieren mit aller Kraft gegen Transformation. Sie sind eine Partei der Vergangenheit, die nur versucht, Ängste zu schüren. Von Ihnen kann man nichts Positives und Konstruktives lernen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Worthülsen! – Weitere Zurufe von der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die namentliche Abstimmung findet in elektronischer Form statt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 20:39 bis 20:42 Uhr)

Hatten alle Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, die Stimme abzugeben? – Dies scheint der Fall zu sein. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird nun außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

(...)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich gebe jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu TOP 21, Antrag "EU-CO₂-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa", Drucksache 19/6697, bekannt. Mit Ja gestimmt haben 23 Abgeordnete. Mit Nein gestimmt haben 109 Abgeordnete. Es gibt null Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.10.2025 zu Tagesordnungspunkt 21: Antrag der Abgeordneten
 Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u. a. und Fraktion AfD; EU-CO2-Flottengrenzwerte abschaffen -
 Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa
 (Drucksache 19/6697)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter				Dr. Eiling-Hüting Ute			
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar	X			Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole				Fehlner Martina			
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg				Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl			
Baur Konrad	X			Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Friedl Patrick			
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias	X			Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara	X			Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea	X			Füracker Albert			
Behringer Martin	X			Gerlach Judith			
Beißenwenger Eric				Gießübel Martina		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian				Gmelch Christin		X	
Birzele Andreas				Goller Mia		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin				Graupner Richard		X	
Böltl Maximilian	X			Griesshammer Holger		X	
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert	X			Groß Johann		X	
von Brunn Florian	X			Gross Sabine		X	
Dr. Brunnhuber Martin	X			Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus	X			Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian				Halemba Daniel		X	
Demirel Gülsen				Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig		X	
Dierl Franc	X			Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander	X			Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo	X			Heisl Josef		X	
Dorow Alex				Dr. Herrmann Florian			
Dremel Holger	X			Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert	X			Hierneis Christian		X	
				Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X		Pargent Tim		X	
Hold Alexander		X		Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Holetschek Klaus		X		Pirner Thomas		X	
Holz Thomas		X		Pohl Bernhard			
Dr. Hopp Gerhard		X		Post Julia			
Huber Martin				Preidl Julian		X	
Huber Martin Andreas				Rasehorn Anna		X	
Huber Thomas				Rauscher Doris			
Huml Melanie		X		Reiß Tobias			
Jäckel Andreas				Rinderspacher Markus			
Jakob Marina		X		Rittel Anton		X	
Jungbauer Björn		X		Roon Elena		X	
Jurca Andreas	X			Saller Markus		X	
Kaniber Michaela				Schack Jenny		X	
Kaufmann Andreas		X		Schalk Andreas		X	
Kirchner Sandro		X		Scharf Martin		X	
Knoblach Paul		X		Scharf Ulrike			
Knoll Manuel		X		Scheuenstuhl Harry		X	
Köhler Claudia		X		Schießl Werner			
Köhler Florian	X			Schmid Franz		X	
Kohler Jochen		X		Schmid Josef		X	
Koller Michael		X		Schmidt Gabi			
Konrad Joachim		X		Schnotz Helmut		X	
Kraus Nikolaus		X		Schnürer Sascha		X	
Kühn Harald		X		Schöffel Martin		X	
Kurz Sanne				Schorer-Dremel Tanja		X	
Lausch Josef		X		Schreyer Kerstin		X	
Lettenbauer Eva				Schuberl Toni		X	
Lindinger Christian		X		Schuhknecht Stephanie			
Lipp Oskar	X			Schulze Katharina			
Locke Felix		X		Schwab Thorsten		X	
Löw Stefan				Dr. Schwartz Harald		X	
Dr. Loibl Petra		X		Seidenath Bernhard		X	
Ludwig Rainer				Siekmann Florian		X	
Magerl Roland				Singer Ulrich			
Maier Christoph		X		Dr. Söder Markus			
Mang Ferdinand		X		Sowa Ursula		X	
Mannes Gerd		X		Stadler Ralf			
Dr. Mehring Fabian				Stieglitz Werner		X	
Meier Johannes		X		Stock Martin		X	
Meußgeier Harald		X		Stolz Anna			
Meyer Stefan		X		Storm Ramona		X	
Miskowitsch Benjamin		X		Straub Karl		X	
Mistol Jürgen				Streibi Florian			
Mittag Martin		X		Striedl Markus		X	
Müller Johann	X			Dr. Strohmayer Simone			
Müller Ruth		X		Stümpfig Martin		X	
Müller Ulrike				Tasdelen Arif		X	
Nolte Benjamin	X			Tomaschko Peter		X	
Nussel Walter		X		Toso Roswitha		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X		Trautner Carolina		X	
Osgyan Verena		X		Triebel Gabriele		X	
				Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter			
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan			
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja			
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	23	109	0